

generals Park Chung Hee („Glänzende Aufrichtigkeit“).

Begründet werden Terror und Unterdrückung jeweils mit der Gefahr, die jedem der Landesteile angeblich von der anderen Hälfte droht: Anti-Kommunismus im Süden und Anti-Imperialismus im Norden sorgten dafür, daß die Konfrontation in Korea auch nach der Waffenruhe nie aufhörte. Der unter dem Druck der Schutzmächte USA, UdSSR und China lustlos begonnene Versuch eines politischen Arrangements im Spannungsjahr 1972 scheiterte an der Obstruktion beider Seiten.

Im Norden stehen heute eine 500 000-Mann-Armee, 1,26 Millionen ausgebildete Milizionäre und 300 000 Reservisten bereit, den Marsch nach dem Süden zu wagen. Süd-Präsident Park unterhält eine 625 000-Mann-Streitkraft und rund zwei Millionen Volksmilizionäre. Wichtigster Garant seiner Sicherheit aber sind 40 000 US-Soldaten, die den trügerischen Frieden sogar mit Atomsprengköpfen bewachen.

Kim ließ kilometerlange Tunnel von Nord nach Süd graben, um den erhofften Volksaufstand gegen Park notfalls mit Hilfe von 50 000 eingeschleusten Partisanen anzuzetteln. Park revanchierte sich mit einem — mißglückten — Attentat auf Kim durch Agenten seines Geheimdienstes KCIA und ließ Dutzende von Gegnern als angebliche Kommunisten hinrichten.

Auf die jüngsten Drohungen aus Pjöngjang antwortete er mit der Liquidierung der bescheidenen Reste von Demokratie in seinem Land. Nach einem neuen Notstandsgesetz ist jede Versammlung und Demonstration verboten, der Staat kann ohne Gerichtsbeschluß jede Zeitung, jedes Buch verbieten und jedermann aus seiner Stellung entlassen. Ohne Genehmigung darf kein Südkoreaner mehr auswandern.

Für den schlimmsten Fall, daß Kim wirklich angreift, will Park seine Hauptstadt Seoul — anders als Thieu Saigon — „bis zum letzten Mann verteidigen, ich selbst werde gemeinsam mit den 6,5 Millionen Bürgern Seouls bis zum letzten Atemzug kämpfen“.

China bemüht sich indessen, die Genossen zu bremsen. Noch bevor Staatsgast Kim wieder aus Peking abgereist war, verordnete die chinesische Nachrichtenagentur „Hsinhua“, die Wiedervereinigung Koreas müsse eine „unabhängige und friedliche“ sein, ohne „Einmischung äußerer Kräfte“.

Auch die andere kommunistische Großmacht, auf deren Hilfe oder zumindest stillschweigende Duldung Kim bei einem Abenteuer gegen den Süden angewiesen wäre, setzt angesichts der neuen Lage in Indochina lieber auf Zeitgewinn. So schickte Moskau das verbündete Indien vor, mit Südkoreas Außenminister den Plan gemeinsamer Industrie-Projekte zu besprechen.

Kim steckte verbal ein wenig zurück. Seine Armee, so der Diktator in einem Interview mit der Tokioter Zeitung „Yomiuri Shimbun“, sei zur Zeit gar nicht einsatzbereit: Die Soldaten arbeiten „draußen auf den Reisfeldern“.

KAMBODSCHA

Wieder Epauletten

Amerikas Superschlag gegen das kleine Kambodscha erweist sich, über eine Woche nach Befreiung der „Mayaguez“, mehr und mehr als ein Fehlschlag.

Es geschah in der Woche vor Pfingsten, als Amerika der Welt bewies, wie stark es noch immer ist: Die Supermacht schickte Zerstörer, Flugzeugträger und Marines gegen Kambodscha, ließ Kampfgas und Bomben werfen.



„Mayaguez“-Seeleute*: Jeder kotzte

und siehe da: David Kambodscha, der sich im Golf von Siam an dem US-Schnaps- und Waffen-Container „Mayaguez“ samt seiner Mannschaft vergriffen hatte, überließ Goliath Amerika den Sieg. „Verdammt noch mal“, stöhnte erleichtert ein Mitarbeiter des US-Präsidenten Gerald Ford, „das gibt uns die Epauletten wieder.“

65 Stunden — mit Unterbrechung — hatte es den Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus gekostet, die Affäre „Mayaguez“ vom Tisch zu kriegen. Dann konnte Präsident Ford Gott danken und der Nation mitteilen: „Es lief perfekt. Es lief nachgerade großartig.“

* In Singapur, nach ihrer Freilassung

Doch was vor Pfingsten noch von vielen als entschlossene Tat eines endlich sich profilierenden Staatsmannes gefeiert wurde, schmolz in der Woche nach den Feiertagen erheblich zusammen — zum blindwütigen Kraftakt eines blessierten Elefanten, der sich schließlich auch noch wegen Verletzung der thailändischen Souveränität entschuldigen mußte.

Nach und nach kam heraus, daß Amerika die gewaltsame Lösung geradezu gesucht hatte:

▷ Gerald Ford sprach bereits von einem „Akt der Piraterie“, als keineswegs geklärt war, ob die „Mayaguez“ nicht möglicherweise die Hoheitsgewässer Kambodschas verletzt hatte.

▷ Schon anderthalb Tage nach dem Zwischenfall setzte Washington Truppen in Marsch.

▷ 38 US-Soldaten, so wurde erst Mitte vergangener Woche bekannt, fanden den Tod, über 50 wurden verletzt — um 39 US-Seeleute gewaltsam zu befreien, die man wahrscheinlich sowieso zurückbekommen hätte.

Auch die Strafexpedition selbst war fehlerhaft genug verlaufen: Nach der „Mayaguez“-Entführung hatten amerikanische Späher zunächst erhebliche Schwierigkeiten, Schiff und Mannschaft überhaupt zu lokalisieren. Verschieden lautende Geheimdienstberichte führten zu verhängnisvollen falschen Annahmen.

So konnte es passieren, daß amerikanische Flugzeuge das Fischerboot, auf dem die „Mayaguez“-Besatzung von der Insel Koh Tang nach Sihanoukville ans Festland verfrachtet wurde, durch Bombenwürfe mehrmals fast zum Kentern brachten und mit Kampfgas erreichten, daß „jeder kotzte“ (Kapitän Miller).

So konnte es auch passieren, daß am Mittwoch, dem 14. Mai, als Kapitän Miller mit seiner Crew schon längst auf die Insel Koh Rong weiterverschifft wor-

den war und dort mit Vertretern der Roten Khmer Verhandlungen um Freilassung führte, in Washington der Entschluß fiel, Marines mit acht Helikoptern auf der Insel Koh Tang landen zu lassen, in der Annahme, daß die Besatzung nach wie vor dort sei. Drei der Hubschrauber wurden bei der Landung abgeschossen — völlig unerwartet, denn die Marines hatten Geheimdienstberichten geglaubt, nach denen sie mit dem Widerstand von etwa 20 ältlichen Einheimischen zu rechnen hätten.

Zur selben Zeit enterten mit M-16-Gewehren und Tränengasbomben bewehrte Marines-Kollegen vom Zerstörer „Harold E. Holt“ aus die führungslos im siamesischen Golf dümpelnde

„Mayaguez“ in der Hoffnung, dort die kambodschanischen „Piraten“ anzutreffen — alles, was sie vorfanden, waren ein paar Schalen Reis (warm) und Tee (heiß).

Keines der US-Aufklärungsflugzeuge in diesem Gebiet (es war dort der frühe Donnerstagmorgen, in Washington später Mittwochabend) hatte ein kleines Fischerboot bemerkt, das mit 39 Männern und an Bambusmasten gehißter weißer Unterwäsche zu dem in der Nähe der Insel Koh Rong operierenden US-Zerstörer „Henry B. Wilson“ auf Kurs ging — die freigelassenen „Mayaguez“-Seemänner.

Es war 22.53 Uhr Washington-Zeit, als die „Henry B. Wilson“ ihre Entdeckung meldete. Doch noch um 22.57 Uhr bombardierten die USA einen kambodschanischen Festland-Flughafen.

Es war 23.14 Uhr, als Präsident Ford erfuhr, alle Besatzungsmitglieder der „Mayaguez“ seien in Sicherheit. Doch noch um 23.50 Uhr bombardierte die USA eine Festland-Raffinerie in Kambodscha.

Die Aktion „Mayaguez“, so urteilte Peking, habe den Amerikanern lediglich dazu gedient, eine „Niederlage als Sieg zu präsentieren“. Erstmals seit vielen Jahren nannten die Chinesen die USA wieder beim Namen „Papiertierte“.

ITALIEN

Kollaps auf Raten

Ein Dauerstreik der Steuerbeamten stürzte die italienische Finanzverwaltung ins Chaos. In den Ämtern türmen sich 30 Millionen unbearbeiteter Steuerakten.

Die Reformer betrachteten ihr Werk und sahen, daß es gut war. „Mit dem neuen umfassenden Steuergesetz“, freuten sich Top-Beamte im römischen Finanzministerium, „kommen wir endlich auf europäisches Niveau.“

Das war Anfang 1974, als die „riforma tributaria“ in Kraft trat. Sie lichtete den Abgabendschungel, machte die Besteuerung wirksamer, gerechter. Riesige Computer, so war's geplant, sollten die Daten aller Steuerzahler speichern — und als Wunderwaffe im Kampf gegen die Legionen von Steuerhinterziehern dienen.

Doch die schöne, große Reform blieb weitgehend bloß Papier. Denn: „Man hatte vergessen, die Angestellten in den Ämtern entsprechend zu schulen und neu zu verteilen“, kritisiert Gewerkschaftssekretär Marzio Bastianoni. „So entstand Konfusion. Das Personal weiß in seiner Not gar nicht, welchen Heiligen es noch anflehen soll.“

Der Gesetzgeber selbst verschärfte die Krise, indem er durch Pensionsver-

günstigungen den freiwilligen Exodus vieler älterer Staatsdiener förderte. Allein 4000 höhere Beamte, „super-burocratici“ genannt, gaben ihre Jobs in den Finanzbehörden auf. „Viele von ihnen“, schimpfen römische Steuerinspektoren, „liefen direkt zum Feind über — sie beraten Firmen oder Einzelpersonen, die bei den Steuern Schmutz machen möchten.“

In den Ämtern ließ unterdes der Arbeitseifer sichtlich nach, wuchs der Berg unerledigter Akten immer höher. Die Computer für die Steuer-Zentralkartei wurden ohnehin nicht benutzt, weil EDV-Spezialisten fehlten.

Und seit Ende April geht in Italiens Finanzämtern gar nichts mehr. Die Beamten streiken — „unbefristet“ —, um



Bestreiktes Finanzamt in Rom*: „Heilige angefleht“

höhere Bezüge und die Einstellung zusätzlicher Personals zu erzwingen. Der Ausstand paralyisiert inzwischen die gesamte Finanzverwaltung.

Vergangene Woche legten auch fast alle anderen öffentlich Bediensteten, von den Zöllnern bis zu den Piloten, die Arbeit nieder. Bestürzt erkannten römische Unternehmer: „Unsere Staatsmaschine erleidet einen Kollaps auf Raten, das hat gravierende Folgen für die gesamte Wirtschaft.“

Finanzminister Bruno Visentini hofft, wenigstens die Fiskalverwaltung vor dem Infarkt zu bewahren. Ein neues Gesetz soll es ihm ermöglichen, fast 8000 neue Steuermänner anzuheuern und das Personal besser zu bezahlen.

* Text an der Tür: „Unbefristeter Streik“.

Das Finanzressort übernahm Visentini — einst Chef des Büromaschinenriesen Olivetti und später Vizepräsident im Führungsgremium des Industriellenverbandes — erst Ende 1974, die Misere der Steuerverwaltung geht also zu Lasten seiner Vorgänger.

Sie ließen es zu, daß im industrialisierten Norditalien, wo viel Steuerarbeit anfällt, viel zu wenig Finanzbeamte sitzen, im poveren Süden hingegen, wo die meisten Bürokraten herkommen, gibt's Finanzer in Fülle. Visentini: „Einfach absurd.“

Die Ineffizienz der Finanzverwaltung begünstigt Steuerschwindelei. Zwar wird (wie in der Bundesrepublik) auch im EG-Südstaat den unselbständig Beschäftigten die Lohnsteuer direkt vom Salär abgezogen — dies Geld kassiert der Fiskus allemal. Doch all jene Bürger, die einkommensteuerepflichtig sind, besonders Freiberufler, haben große Chancen zu manipulieren. Ärzte und Advokaten, so schätzen Steuerexperten, verheimlichen 70 Prozent ihrer Einkünfte.

Nur wenn prominente Reiche gar zu offenkundig Steuern „sparen“ wollen, gibt es Ärger mit den Ämtern. Schlagerstar Adriano Celentano („Azzurro“) beispielsweise gab für 1969 nur Einkünfte von umgerechnet 38 000 Mark an, die Finanzbeamten jedoch setzten 730 000 Mark fest. Erst nach jahrelangem Feilschen einigten sich beide Seiten auf eine Summe von etwa 300 000 Mark.

Dem Fiskus entgehen alljährlich mindestens 5000 Milliarden Lire (18,7 Milliarden Mark). Hohe Verluste entstehen auch durch die Langsamkeit, mit der die Steuerbescheide fertiggestellt und die Gelder eingetrieben werden.

Viele Finanzämter sind vier Jahre im Verzug.

Ein Weißbuch, das Minister Visentini unlängst dem Parlament vorlegte, besagt: In den Ämtern häufen sich über 30 Millionen noch nicht definitiv bearbeitete Steuerakten aus den vergangenen Jahren, darunter sind knapp zehn Millionen Einkommensteuererklärungen aus den Jahren seit 1971. „In diesen Papierbergen stecken Lire-Milliarden, die Italien für dringende Reformen braucht“, klagte die Turiner „Stampa“.

Ob die Aktenberge jemals abgetragen werden, ist fraglich. Sobald der Finanzzerstreik aufhört, kommt eine neue Papierflut: Millionen Italiener müssen ihre Steuererklärungen für 1974 abgeben. Die Steuerbescheide für das vergangene Jahr werden sie wohl erst Anfang 1977 erhalten. ◆